

01) Gemeinsame europäische Verteidigung: Utopie oder kommende Realität?

Von Nicola De Felice

10. 10. 2021



Bildquelle: CM

„Wir sollten das Pferd nicht von hinten aufzäumen“, schien Ministerpräsident Draghi am Ende des informellen Treffens zu sagen, das er vor einigen Tagen in Slowenien mit den anderen Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten abhielt, um über die gemeinsame Verteidigung zu sprechen. Ministerpräsident Draghi stellte den Anwesenden nach einem anfänglichen, objektiv zustimmenden Postulat einige Fragen: „Wenn Europa keine gemeinsame Außenpolitik hat, ist es sehr schwierig, eine gemeinsame Verteidigung zu haben. Eine gemeinsame Außenpolitik und eine Militärunion können innerhalb der EU oder durch strategische zwischenstaatliche Bündnisse zwischen einer Reihe von Staaten erreicht werden. Das erste System ist bei weitem vorzuziehen, aber ich schliesse das zweite nicht aus“, erklärte der Ministerpräsident, der die Europäische Kommission um eine Ad-hoc-Analyse der Optionen in diesem Bereich bat.

Wenn beispielsweise die baltischen Staaten auf den Einsatz der NATO ausgerichtet sind, um möglichen russischen Expansionsbestrebungen entgegenzuwirken, so kann dies für andere Staaten – wie etwa Italien wegen seines Bedarfs an strategischer Stabilität in Libyen – mit europäischen Streitkräften dort geschehen, wo die NATO (sprich die USA) ihr geopolitisches Interesse verloren hat, nämlich im Mittelmeerraum. Überraschenderweise hat Draghi die EU-Mitglieder zu einen ernsthaften Nachdenken über den Weg und die Mitteilungen der USA zu den jüngsten internationalen Ereignissen, von der Afghanistan-Krise bis zum Aukus-Pakt (Australien, Großbritannien, USA) für die Präsenz von Atom-U-Booten in Südostasien, aufgefordert.

Bis März 2022 muss der EU-Rat den Strategischen Kompass, den Basisplan für die gemeinsame Verteidigung, verabschieden. Wie kein italienischer Ministerpräsident vor ihm beklagte Draghi die Marginalisierung der EU-Mitgliedstaaten innerhalb des Atlantischen Bündnisses und forderte eine stärkere Koordinierung für gemeinsame Entscheidungen und Ziele. Aber was würde eine solche „europäische Liga“ in einem geopolitischen Rahmen darstellen – ähnlich dem antiken griechischen Bund von Delos – verstanden als eine Föderation von Staaten, die beschließen, ihre Zuständigkeiten in der Außen- und Verteidigungspolitik zugunsten von Entscheidungen von gemeinsamem Interesse zurückzustellen, mit zusätzlich einem völlig freien Binnenmarkt und einer gemeinsamen Währung?

Wenn man hypothetisch alle EU-Staaten zusammenzählt, hätte die „europäische Liga“ 450 Millionen Einwohner, Streitkräfte, die weltweit konkurrenzfähig sind, eine Wirtschaft, die nur von den USA und China übertroffen wird, die Fähigkeit, den Strom der illegalen Migration aus Afrika und Asien einzudämmen, aber die Achillesferse einer der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Die Freiheit, sich von einem Staat in einen anderen zu begeben, ist zwar in Zeiten terroristischer Bedrohungen mit Risiken verbunden, bietet aber unbestreitbare wirtschaftliche Vorteile. Militärisch würde ein Gebilde entstehen, das nur den USA unterlegen und China überlegen wäre, dessen Führung aber wahrscheinlich in ständigem Konflikt mit den verschiedenen mächtigsten europäischen Staaten stünde.

Welcher europäische Staat würde die Rolle des Dreh- und Angelpunkts eines „Imperiums“ der globalen Projektion übernehmen? Die Geschichte lehrt uns, dass Europa in allen Epochen im bestehenden geopolitischen Gefüge nur dann entscheidend geworden ist, wenn sich ein Volk gegen die anderen durchgesetzt hat. Es stellt sich folgende Frage: Sind die Franzosen, die Deutschen, die Italiener, die Spanier, die Niederländer, die Ungarn und alle anderen Völker so weit gereift, dass sie erkennen, dass es schwierig sein wird, mit den anderen Großmächten um das Überleben unserer Traditionen und Identitäten, aber auch um die Energieunabhängigkeit und die strategische Autonomie für das Wohlergehen und die Entwicklung unserer Völker zu konkurrieren, wenn wir uns nicht zusammenschließen?

Nach der Zusammenfassung des utopischen Potenzials einer allumfassenden „europäischen Liga“ würde ich realistischerweise nur drei oder vier Staaten in einem solchen Entwurf zusammenkommen sehen, darunter Italien, wo die Unterstützung der Bevölkerung für das, was bisher nur eine Idee ist, auf konkreten Elementen beruht, da das italienische Volk das europäischste auf dem Kontinent ist, und zwar dank der mit der Geschichte und der Kultur verbundenen angestammten Konditionierung, des Modus vivendi, der angeborenen und weit verbreiteten Überzeugung, wirklich an ein geeintes Europa zu glauben, da sie es bereits mit den Legionen und der Zivilisation Roms erlebt haben.

Es ist ein schwer zu verwirklichender Traum, aber es lohnt sich, ihn zu verwirklichen, um in einer zunehmend wettbewerbsorientierten Welt nicht endgültig an den Rand gedrängt zu werden und um geopolitische Fragen zu lösen, die die nationalen Interessen betreffen. Es ist noch Zeit, lasst uns spielen.



Nicola De Felice

Senior Fellow am Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral und ehemaliger Befehlshaber von Zerstörern und Fregatten hat er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Aufgaben für den Verteidigungs- und Marinestab im In- und Ausland, zu Wasser und zu Lande, wahrgenommen und dabei die Anwendung von Techniken verfolgt, die die italienische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik effizient machen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Europas Green Deal: Bill Gates‘ Testgelände

Ein amerikanischer Milliardär hat die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission im Rahmen des europäischen Green Deal aufgenommen. Er möchte die Instrumente nutzen, die dem internationalen Riesen zur Verfügung stehen, um seine Ideen zur Bekämpfung des Klimawandels umzusetzen.

Von Piotr Relich

05. 10. 2021



Bill und Melinda Gates · Foto: Kjetil Ree / Wikimedia CC BY-SA 3.0

Zu Beginn des Jahres begannen die Eurokraten ernsthaft mit der Klima-Agenda. Dank der Umsetzung der Prinzipien des Green Deal wird Europa – wie die Präsidentin der

Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, betont – „bis 2050 der erste kohlenstoffneutrale Kontinent werden“. Die ehrgeizigen Ziele der sozioökonomischen Revolution lassen sich jedoch nicht allein durch Steuererhöhungen erreichen; um zu überleben, braucht ein „kohlenstoffneutrales“ Europa vor allem Innovationen – so sind wir beispielsweise derzeit nicht ausreichend in der Lage, aus erneuerbaren Quellen gewonnene Energie zu speichern und zu übertragen. Mit anderen Worten, wir stürzen uns in den Abgrund und hoffen, dass wir einen Fallschirm erfinden, bevor wir auf dem Boden aufschlagen. Um den Kampf gegen den Klimawandel zu gewinnen, müssen wir, um es mit den Worten von Bill Gates zu sagen, „die Art und Weise ändern, wie wir fast alles produzieren“, von Baumaterialien über Energie und Verkehr bis hin zu Lebensmitteln. „Not macht erfinderisch“, sagt der Volksmund. Und dieser „Bedarf“ in Gates' Vision ist die Notwendigkeit, die Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre in den nächsten 30 Jahren drastisch zu reduzieren. Er zieht es vor, den Klimawandel in diesem Zusammenhang eher als „Chance für Innovation“ denn als apokalyptische Bedrohung zu betrachten.

Diese Chance bietet ihm die Europäische Kommission, die seit Juni 2021 mit dem von den USA finanzierten Projekt Breakthrough Energy zusammenarbeitet. Der selbsternannte Visionär hat im Rahmen des europäischen Green Deal 1 Milliarde Dollar für die Forschung vorgesehen. Und das ist erst der Anfang, denn es geht nicht nur um die Erfindungen selbst, sondern auch um die innovativen Wege, die sie auf den Markt bringen. In einem natürlichen Rhythmus und unter neutralen Bedingungen erfordert die Umsetzung von neuen Ideen viel Geduld und Vertrauen. Dies räumt Gates selbst ein, indem er schreibt, dass grüne Technologien aufgrund der geringen Rendite selbst bei *hochriskanten Anlegern* unvergleichlich weniger Interesse finden als beispielsweise biotechnologische oder IT-Projekte.

Das erzwungene Experiment

Wie also kann man in einem solchen Klima alle von einer Revolution überzeugen, die bedeutet, dass die Menschheit zum ersten Mal in der Geschichte einen Schritt zurück machen muss? Bisher wurde die natürliche Richtung der Entwicklung durch immer billigere und effizientere Rohstoffe wie Erdöl, Kohle oder Erdgas vorgegeben. Jetzt wollen wir auf teurere, weniger effiziente und viel unberechenbarere erneuerbare Energiequellen und die Atomkraft als einzigen vernünftigen Ersatz umsteigen. Technologische Unzulänglichkeiten sind eine Sache, aber es gibt auch Probleme wie die Übertragungsinfrastruktur, die Humanressourcen oder das Problem des Konkurses von Gebieten, die stark von der Öl- und Gasindustrie abhängig sind. Die Risiken sind groß und die Vorteile ungewiss; unter normalen Umständen würden sich nur wenige auf ein so schlechtes Geschäft einlassen. Die Angst vor einem apokalyptischen Schreckgespenst mag auf Schüler wirken, aber nicht auf ernsthafte Spieler, die viel zu verlieren haben.

Hier kommen „Mr. und Mrs. Gates“ ins Spiel, die – noch (sic!) – unvergleichlich größere Fähigkeiten haben als selbst der reichste und gerissenste Milliardär der Welt. Gates selbst, der während der Kartellverfahren gegen Microsoft an die Wand gedrückt wurde, wusste dies zu schätzen. Seiner Ansicht nach ist es höchste Zeit, dass die Verwaltungserfahrung der Staaten genutzt wird, um die Ziele der „grünen Revolution“ zu erreichen.

„Regierungsbeamte können Vorschriften darüber erlassen, wie viel Atomkraftwerke, Autos und Fabriken ausstoßen dürfen. Sie können Vorschriften erlassen, die die Finanzmärkte beeinflussen und die Risiken des Klimawandels für den öffentlichen und privaten Sektor der Wirtschaft bestimmen. Sie können, wie es jetzt der Fall ist, in großem Umfang in die Forschung investieren und Regeln dafür aufstellen, wie schnell neue Produkte auf den Markt

kommen können.“ Das hebt die Rolle des Staatsapparats hervor. Und nichts ist dafür besser geeignet als die Europäische Union, die von dem Wunsch besessen ist, alles und jeden zu regulieren, und die obendrein die radikalste Klimapolitik der Welt betreibt.

Und wir reden hier von einer Straße, auf der es keinen Weg zurück gibt. Zu den Plänen der EK gehört beispielsweise die Schaffung eines europäischen Klimagesetzes, das die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2050 zu einer **rechtlichen Verpflichtung** für die EU macht, sowie eine **Garantie der Unumkehrbarkeit des Übergangs zur Klimaneutralität**. Aus amerikanischer Sicht wird die wichtigste Verpflichtung jedoch darin bestehen – man beachte dies! – **„ein vorhersehbares Geschäftsumfeld für Industrie und Investoren zu schaffen, das angibt, was getan werden muss und wie schnell“**.

Das Europa, das sich auf den Weg in den Klimawahnsinn begibt, ist daher das perfekte Versuchsfeld, auf dem die Mitgliedstaaten und die privaten Akteure gezwungen sind, sich an einem mehrjährigen Experiment zu beteiligen. Wie üblich werden die Kosten des Projekts von den Bürgern getragen, da die Regierung in bester Absicht irgendwoher die Mittel zur „Überbrückung der Investitionslücke“ beziehen muss.

Dennoch gibt es keine Erfolgsgarantie; die mit Milliarden von Dollar geschaffenen Lösungen können sich am Ende einfach als unwirksam erweisen. Im Übrigen empfiehlt der „Visionär“ selbst mit entwaffnender Offenheit, „die Möglichkeit des Scheiterns zu akzeptieren“. Außerdem ist es nach seiner Ansicht und der vieler Experten nicht mehr möglich, das Überschreiten der „unüberwindbaren“ Schwelle von 1,5 Grad Celsius Temperaturanstieg zu verhindern. Nicht weniger Raum in seiner Agenda nehmen daher adaptive Technologien ein: die künstliche Regulierung der Erdtemperatur oder die Entwicklung gentechnisch veränderter Lebensmittel, die gegen höhere Temperaturen resistent sind.

„Patentinhaber“

Doch der drohende Fiskalismus ist nur eine Seite der Medaille. Nicht weniger bedrohlich ist die Gefahr einer Monopolisierung der technologischen Revolution. Indem er in neue Lösungen investiert und einen Teil der Produktions- und Marketingkosten übernimmt, macht Gates unsere Existenz von „seinen“ Erfindungen abhängig. Schließlich können Landwirtschaft, Energie oder Gesundheitswesen in nicht geringerem Maße als der Markt vom Informationsfluss abhängig gemacht werden. Und letzteres geschieht direkt vor unseren Augen.

Gates selbst liefert den Beweis, dass dies eine sehr reale Bedrohung ist. Der Milliardär, der den Mund voller Plattitüden über „gerechte Umgestaltung“ oder „Gleichmacherei“ hat, strahlt, wenn jemand anderes die Aufgabe übernimmt, „die Welt zu verbessern“. Wenn er – wie der Tesla-Gründer und Investor in Lösungen zur Abscheidung von CO₂ aus der Atmosphäre, Elon Musk – einen völlig anderen Ansatz verfolgt, beginnt er ihn als Todfeind zu betrachten. So hält er beispielsweise den Kampf um die Vorherrschaft im Weltraum für kindisch und meint, dass „wir auf der Erde noch genug zu tun haben“. Aber erst wenn jemand anfängt, seine Sprache zu sprechen, wie Jeff Bezos, der die Arbeit am „Fleisch-Labor“ finanziert, wird er sein Freund.

Zugegeben, die Weichen für die kommende totale Revolution will ein interessantes Unternehmen stellen. Der selbsternannte „Retter“ der Welt, der Opposition und Wettbewerb hasst, und die diktatorische Europäische Union, die uns zu sagen scheint: *Ob ihr es wollt oder nicht, ihr werdet für den Kampf gegen den Klimawandel bezahlen. Und wir werden es*

über eure Köpfe hinweg tun, ohne euch nach eurer Meinung zu fragen. Wenn ihr aufspringt, werden wir euch vernichten, denn wir haben alle Mittel, um das zu tun. Man kann sich nicht ewig vor den Urteilen des EuGH drücken.

Die Befürworter des historischen Determinismus haben Recht. Dieser „Fortschritt“ lässt sich nicht aufhalten.

Quelle: [PCh24.pl](https://www.pch24.pl)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Eine der wichtigsten Veranstaltungen der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft wird heute eröffnet: das Gipfeltreffen EU-Westliche Balkanstaaten

Von Anita Gužvič (Nova24tv)

05. 10. 2021



Der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel mit Ministerpräsident Janez Janša ·
Foto: Regierung der Republik Slowenien

Heute beginnt eines der wichtigsten Ereignisse der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft: Ministerpräsident Janez Janša wird Gastgeber eines informellen Abendessens der Mitglieder des Europäischen Rates sein, und am Mittwoch, den 6. Oktober 2021, findet ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und der Partner aus

den westlichen Balkanstaaten statt. Den Vorsitz der Veranstaltungen führt der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, der die EU gemeinsam mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vertreten wird.

Der westliche Balkan und die glaubwürdige Fortsetzung des EU-Integrationsprozesses sind eine langfristige Priorität der slowenischen Außenpolitik und somit auch eine Priorität für Slowenien als Inhaber des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union. Aus diesem Grund wurde beschlossen, dass Slowenien das Gipfeltreffen EU-Westliche Balkanstaaten veranstalten wird. Das Gipfeltreffen ist wichtig, um eine kontinuierliche Debatte über dieses Thema auf höchster Ebene zu fördern, sowohl im Hinblick auf die Vertiefung der sektoralen Zusammenarbeit und die Verringerung des Entwicklungsgefälles zwischen der EU und der Region als auch im Hinblick auf politische Botschaften über die geostrategische Bedeutung der Region für die Union und eine gegenseitige Verpflichtung zu glaubwürdigen Maßnahmen im Integrationsprozess.

Am Rande des Gipfels betonte Ministerpräsident Janez Janša: „Wir glauben, dass es für die Europäische Union an der Zeit ist, in ihrem Denken und Handeln in der Welt strategischer zu werden. Dies gilt insbesondere für unsere unmittelbare Nachbarschaft. Aus diesem Grund wird Slowenien als EU-Ratspräsidentschaft die Zusammenarbeit der EU mit der westlichen Balkanregion sowie mit ihren östlichen Nachbarn ganz oben auf die Tagesordnung setzen. Slowenien weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig die europäische Perspektive für die Umsetzung der Reformen im Beitrittsprozess ist. Diese Perspektive muss greifbar sein und so beschaffen sein, dass ihre Verwirklichung noch zu Lebzeiten der jetzigen Generation wirklich geglaubt werden kann, sonst ist sie kein Anreiz mehr. Aus dieser Greifbarkeit muss sich die politische Energie speisen, die für die Umsetzung der notwendigen Reformen auf politischer Ebene erforderlich ist. Sie muss eine Energiequelle und ein Brennpunkt für das politische Bewusstsein der Bürger sein, damit sie die notwendigen Reformen von unten nach oben unterstützen können. Unser Ziel ist es, die europäische Perspektive für den westlichen Balkan, die auf dem Gipfeltreffen von Thessaloniki im Jahr 2003 gegeben wurde, zu bekräftigen, wiederzubeleben und mit neuem Leben zu erfüllen. Wenn uns dies gelingt, haben wir bewiesen, dass wir ein strategischer Akteur in unserer Nachbarschaft sind. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind, wenn wir auf dem westlichen Balkan keinen Schritt vorwärts machen, wird jemand anderes mit anderen Interessen und anderen Werten diese Schritte tun.“

Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung

Das Gipfeltreffen zwischen der EU und den westlichen Balkanstaaten, das von der slowenischen Ratspräsidentschaft in Brdo pri Kranju (Egg bei Krainburg) ausgerichtet wird, wird die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten sowie die sechs Partner aus den westlichen Balkanstaaten – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, die Republik Nordmazedonien und den Kosovo – zusammenbringen. Den Vorsitz des Gipfels führt der Präsident des Europäischen Rates, der die EU gemeinsam mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vertritt. In seiner Einladung unterstrich Charles Michel seinen Wunsch, dass beim Arbeitsessen eine strategische Debatte über die Rolle der Union auf der internationalen Bühne im Lichte der jüngsten Ereignisse in Afghanistan, eine Diskussion über die Sicherheitspartnerschaft AUKUS und die Entwicklung unserer Beziehungen zu China stattfindet. „Wie in der Strategischen Agenda 2019–2024 vereinbart, müssen wir uns bemühen, strategisch zu handeln und unsere Fähigkeit zu stärken, unabhängig zu handeln, um unsere Interessen zu schützen, unsere Werte und Lebensweise zu bewahren und die Zukunft der Welt zu gestalten. Um dies zu erreichen, muss die EU entschlossener und effektiver werden. Die

Beziehungen zu strategischen Partnern, einschließlich unserer transatlantischen Partner, sowie zu neuen Mächten müssen ein Schlüsselsegment einer starken Außenpolitik sein. Unsere Ziele in diesem Bereich haben sich nicht geändert, aber die jüngsten Ereignisse zwingen uns, darüber nachzudenken, wie wir sie am besten erreichen können“, sagte er.



Ministerpräsident Janez Janša und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen - Foto: STA

Ein gemeinsames Verständnis der weltweiten Herausforderungen und ihrer Bewältigung ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, ganz gleich, ob es sich um Klima-, Energie-, Handels- oder Sicherheitsfragen handelt. Das Gipfeltreffen zwischen der EU und den westlichen Balkanstaaten biete die Gelegenheit, rechtzeitig auf die strategische Bedeutung der westlichen Balkanstaaten für die Union hinzuweisen und die Zusammenarbeit mit der Region zu erörtern, betonte er.

Prioritäre Tagesordnungspunkte für die beiden Sitzungen:

Die wichtigsten Akteure in der Region – der Regionale Kooperationsrat, die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Weltbank – werden zur ersten Sitzung eingeladen, um ihre Ansichten darzulegen. Der Schwerpunkt wird auf der Stärkung unserer Zusammenarbeit bei der Förderung des sozioökonomischen Aufschwungs und der nachhaltigen Entwicklung in der Region sowie auf einer besseren Bewältigung der Pandemie liegen, aufbauend auf dem Wirtschafts- und Investitionsplan für die westlichen Balkanstaaten. Die zweite Sitzung, an der nur die Staats- und Regierungschefs Europas und der westlichen Balkanstaaten teilnehmen, wird Gelegenheit bieten, zu erörtern, wie unser politischer Dialog, unsere sicherheitspolitische

Zusammenarbeit und unser strategisches Engagement weiter vertieft werden können, und unser gemeinsames Engagement für ein starkes, stabiles und geeintes Europa zu bekräftigen. Es wird auch eine wichtige Gelegenheit sein, zu erörtern, wie die Stabilität in der Region gewährleistet, die regionale Zusammenarbeit gestärkt und regionale Konflikte gelöst werden können.

Dies ist der dritte EU-Westbalkan-Gipfel nach dem ersten 2018 in Sofia und dem zweiten 2020 in Zagreb, der per Videokonferenz stattfand.



Der albanische Ministerpräsident Edi Rama, der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz, der belgische Ministerpräsident Alexander De Croo, der Präsident der Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina Zeljko Komsic, der bulgarische Präsident der Republik Bulgarien Rumen Radev, der kroatische Ministerpräsident Andrej Plenkovic, der Präsident von Zypern Nicos Anastasiades und der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš, Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, der irische Ministerpräsident Micheál Martin, die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas, die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin, der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis, die deutsche

Bundeskanzlerin Angela Merkel, der slowenische Ministerpräsident Janez Janša, der französische Präsident Emmanuel Macron und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán · Foto: Regierung der Republik Slowenien

Programm des Gipfels

Das Gipfeltreffen besteht aus einer Plenarsitzung, gefolgt von einer Sitzung der Führungskräfte und weiblichen Führungskräfte:

- Bekräftigung der europäischen Perspektive für den westlichen Balkan, der von gemeinsamem strategischem Interesse ist und weiterhin eine gemeinsame strategische Entscheidung darstellt
- die Entwicklung unserer Zusammenarbeit und die sozioökonomische Erholung der Region angesichts der aktuellen COVID-19-Pandemie
- die Umsetzung der Wirtschafts- und Investitionsoffensive, die ein umfangreiches Investitionspaket umfasst und für ein nachhaltigeres, grünes, digitales und auf den Menschen ausgerichtetes Wachstum zum Nutzen der Region und Europas insgesamt sorgen wird
- Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit
- Sondierung der weiteren Zusammenarbeit in politischen und sicherheitspolitischen Fragen von gemeinsamem Interesse

An der Plenarsitzung werden neben den Staats- und Regierungschefs auch Vertreter der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Weltbank und des Regionalen Kooperationsrates teilnehmen. Es wird erwartet, dass die Staats- und Regierungschefs der EU am Ende des Treffens eine Erklärung verabschieden, die von den Staats- und Regierungschefs der westlichen Balkanstaaten gebilligt werden muss.

30 Milliarden Euro Wirtschafts- und Investitionsplan

Die EU ist der wichtigste politische, wirtschaftliche und handelspolitische Partner der westlichen Balkanländer. In den nächsten sieben Jahren wird die Wirtschafts- und Investitionsoffensive die Region mit einer beispiellosen finanziellen Unterstützung in Höhe von 30 Mrd. EUR versorgen. 9 Mrd. EUR an Zuschüssen werden von der EU im Rahmen von 10 Vorzeige-Investitionsinitiativen bereitgestellt.

- Beschleunigung des grünen und digitalen Wandels
- Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit
- Förderung der Konvergenz mit der EU

Der Plan zielt auch darauf ab, öffentliche und private Investitionen anzuziehen, die durch das Garantiesystem für den westlichen Balkan unterstützt werden, das das Potenzial hat, 20 Milliarden Euro zu mobilisieren.

Geteilte Verantwortung

Die Investitionen des Wirtschafts- und Investitionsplans sollten die treibende Kraft für einen positiven Wandel in den westlichen Balkanstaaten sein. Um nachhaltig zu sein, sind jedoch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich. Die Unterstützung der EU ist daher an spürbare Fortschritte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, sozioökonomische Reformen und Achtung der europäischen Werte, Regeln und Normen geknüpft.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Green Deal: Brüssel will Europas Autarkie aufgeben

05.10.2021



Bildquelle: Békés Megyei Hírlap / Ádám Bencsik

Die Europäische Union müsste fast alle Lebensmittelrohstoffe importieren, wenn die von der Europäischen Kommission geplanten Beschränkungen für die Landwirtschaft bis 2030 umgesetzt werden sollen. Der Green Deal würde auch den Sozialstaat zurückwerfen, da jeder europäische Bürger auf 157 Euro im Jahr verzichten müsste, während die Preise für viele Grundnahrungsmittel um bis zu 50 Prozent steigen würden.

Der Green Deal gefährdet die Selbstversorgung der EU mit Lebensmitteln und zerstört gleichzeitig kleine landwirtschaftliche Betriebe. Und zwar unnötigerweise, denn die weltweite landwirtschaftliche Produktion wird trotz des angestrebten Ziels der Strategien nicht verringert, wie eine aktuelle [Wirkungsstudie](#) der Universität Kiel zeigt.

Im Auftrag der [Deutschen Getreidevereinigung](#) hat das traditionsreiche Institut eine Folgenabschätzung der „Farm to Fork and Biodiversity Strategy for Agriculture“ (Strategie für die Landwirtschaft „vom Erzeuger zum Verbraucher“ und der Biodiversität) des Europäischen Green Deals durchgeführt. Darin sieht Brüssel bis 2030 vor

- Reduzierung des Düngemiteleinsatzes um 20 %,
- Einschränkung des Einsatzes von Pestiziden,
- eine fünfzigprozentige Verringerung der Stickstoffbilanz,
- Anhebung des Anteils des ökologischen Landbaus von derzeit 8–9 % auf 25 %,
- sowie die Aufgabe des Anbaus von zehn Prozent der derzeitigen Ackerfläche.

Die strengen Auflagen zielen darauf ab, die biologische Vielfalt wiederherzustellen und die Emissionen aus der Landwirtschaft zu reduzieren, um die Klimaziele für 2030 zu erreichen.

Die Strategien von Brüssel tragen nicht zur Erreichung der Klimaziele bei und verringern gleichzeitig den Wohlstand der europäischen Bevölkerung. Ein erheblicher Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um mehr als 20 % und steigende Kosten würden die EU dazu zwingen, wichtige Nahrungsmittel zu importieren und damit ihre Rolle als Nettoexporteur aufzugeben. Dies würde Europa gegenüber Drittländern verwundbar machen, während die Bevölkerung aufgrund des starken Anstiegs der Lebensmittelpreise mit erheblichen zusätzlichen Kosten konfrontiert wäre

- so die Studie des Branchenverbandes der deutschen Getreideerzeuger. Die deutschen Landwirte fordern daher die Entscheidungsträger auf, die Strategien für den Zeitraum bis 2030 zu überdenken.

Eine Folgenabschätzung der Universität Kiel zeigt, dass eine Verringerung der Sozialhilfe zu einem durchschnittlichen Verlust von 157 Euro pro Person oder mehr als 54.000 Forint im Vergleich zum derzeitigen Jahreseinkommen führen würde. Darüber hinaus würde ein erheblicher Anstieg der Lebensmittelpreise die Belastung der Bevölkerung erhöhen: Rindfleisch würde bis 2030 um 58 %, Schweinefleisch um 48 % und Milch um 36 % teurer werden. Die Preise für Obst und Gemüse würden um 15 Prozent steigen, während Getreide und Ölsaaten um 13–15 Prozent teurer würden.

In Nicht-EU-Ländern würde der Preisanstieg dagegen nur 7–10 Prozent für Fleisch und 3–4 Prozent für Obst und Gemüse betragen.



Auch deutsche Landwirte warnen: Preiserhöhungen bei Obst und Gemüse können nicht zur gesunden Ernährung beitragen · Fotó: Csaba Jászai / MTI

Zu den Preisänderungen erklärte der Deutsche Bauernverband, die [Verbrauchernachfrage](#) werde sich durch die drastische Preiserhöhung nicht wesentlich ändern, die Verbraucher würden allenfalls auf unsichere, aber billigere Importe aus dem Ausland ausweichen.

Der Deutsche Getreideverband findet es besonders geschmacklos, dass Strategien für eine gesunde Ernährung zu einem Zeitpunkt vorgeschlagen werden, an dem Gemüse und Obst deutlich teurer werden sollen. Den größten Schaden würde eine Verringerung der Stickstoffbilanz anrichten: Die Getreide- und Ölsaaternte sowie die Rindfleischproduktion in der EU würden um mehr als 20 Prozent zurückgehen. In der pflanzlichen Erzeugung und im Gartenbau würde die obligatorische Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln zu einem Anstieg der Gestehungskosten um 50 % führen.

Das liegt daran, dass die Alternative, die mechanische Unkrautbekämpfung und andere verfügbare Bodenbearbeitungsmethoden, einen erheblichen Arbeitsaufwand erfordern würden, und es gibt keine kostenlosen Arbeitskräfte. Im Interesse der biologischen Vielfalt müssten 11 Millionen Hektar aus dem Anbau genommen werden, was mehr ist als etwa die gesamte Fläche Ungarns.

Die Gewinner der Maßnahmen wären wettbewerbsfähige Großbetriebe, da die Sparmaßnahmen erhebliche Gemeinkosten, aber auch eine höhere Wertschöpfung mit sich bringen würden, während die meisten Kleinbauern bald in Konkurs gehen würden. Auch die Staaten müssten tief in die Tasche greifen, um die Folgen abzufedern: 42 Milliarden Euro wären nötig und 70 Milliarden Euro für die europäische Öffentlichkeit.

Außerdem wären die hohen Ausgaben unnötig, da die Nicht-EU-Länder ihre Produktion erhöhen würden, um die Nachfrage der europäischen Verbraucher zu decken. Dies würde zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen um 54 Millionen Tonnen führen, was bedeutet, dass die Verringerung in Europa sich anderswo als Anstieg niederschlagen würde.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Die EU-Energiekrise

Von Marton Aron Kovacs

02. 10. 2021



Bildquelle: CM

Der unstillbare Bedarf der Europäischen Union ist kein neues Phänomen: Sie ist einer der größten Energieimporteure der Welt und bezieht mehr als die Hälfte ihres Bedarfs von außerhalb. Der Status quo im Energiebereich ist jedoch besorgniserregend, sowohl wegen der Verknappung der natürlichen Ressourcen als auch wegen der jüngsten energiepolitischen Trends. In den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren läuft die EU Gefahr, einen Grad der Abhängigkeit von 70–80 % von Importen zu erreichen. Bei Rohöl liegt dieser Wert bereits bei 80 %. Dies ist ein weit verbreitetes Phänomen in Europa, wo die Einfuhren stark auf ein Land ausgerichtet sind.

Die einseitige Abhängigkeit macht diese Länder anfällig für Veränderungen auf dem internationalen Markt oder geopolitische Erpressungen. Die Besorgnis ist angesichts der Energiekrise, mit der die europäischen Regierungen und Bürger im Jahr 2021 konfrontiert sind, umso mehr gerechtfertigt. Die Verringerung der Auslandsabhängigkeit ist ein nationales Sicherheitsinteresse, das auch darauf abzielt, die Souveränität der Mitgliedstaaten und der EU als Ganzes zu erhalten.

Ist die EU in Gefahr?

Die Gas- und Strompreise steigen derzeit auf dem gesamten Kontinent in Rekordhöhe. Der Übergang der EU zu erneuerbaren Energien kann solche Energiekrisen, die durch geografische, marktwirtschaftliche, politische oder einfach strukturelle Faktoren verursacht werden, (noch?) nicht verhindern. Gas ist eine weit verbreitete natürliche Ressource, so dass sich steigende Preise auf das tägliche Leben der Bürger auswirken (wenn sie kochen oder die Heizung einschalten). In Europa sind die Energierechnungen in einer Zeit der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie extrem hoch.

Versorgungssicherheit ist unerlässlich!

In der modernen Gesellschaft ist das Funktionieren der Wirtschaft (und der Haushalte) stark von der Energieversorgung abhängig. Aufgrund der Modernisierung steigt der Anteil der Industrien, die eine ununterbrochene Energieversorgung genießen. Elektrizität, Erdgas und Treibstoff sind für die moderne Lebensweise unverzichtbar; sie werden auch für Schulen, das Gesundheitswesen, die Telekommunikation und sogar für die Mobilisierung von Streitkräften benötigt. Wenn nicht genügend Energie geliefert werden kann, müssen Fabriken schließen, die Bürger müssen immer mehr bezahlen, und die Staaten müssen einspringen und die finanziellen Lasten übernehmen. Politische Entscheidungen werden stark von der Unfähigkeit beeinflusst, sich zu verteidigen.

Der Gaskrieg zwischen Russland und der Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, wie Länder, die von Dritten abhängig sind, durch ein instabiles politisches Umfeld gefährdet sind. Im Jahr 2009 wurden die Gastransporte nach Ungarn für fast zwei Wochen unterbrochen, als Europa gerade einen besonders strengen Winter erlebte. Die stabile und kontinuierliche Einfuhr von Erdgas war bedroht, bis die ungarische Regierung beschloss, andere Quellen durch grenzüberschreitende Pipelines zu erschließen, neue Verträge zur Diversifizierung der Lieferkette zu schließen, die Speicherkapazität zu erhöhen und in Kernkraftwerke zu investieren. Alles, um seine Souveränität zu stärken.

Das wichtigste Ziel der ungarischen Energiepolitik ist die Optimierung der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Nachhaltigkeit, wobei stets langfristige Faktoren berücksichtigt werden. Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit sind zwei widersprüchliche Ziele: Wenn man eines davon überbetont, verliert man das andere aus den Augen.

Was hat die Energiekrise verursacht?

Im Jahr 2021, auf dem Höhepunkt des Aufschwungs nach der Pandemie, schießen die Gas- und Strompreise in die Höhe. Eine Erklärung für dieses hochkomplexe Phänomen weist auf Russland hin.

Viele argumentieren, dass das Projekt „Nord Stream 2“ den Anstieg beeinflusst. Die Pipeline ist bereits gebaut, steht zur Genehmigung an und wird den Export von russischem Gas nach Deutschland verdoppeln. In einem Schreiben an die Europäische Kommission warfen 40 Abgeordnete „Gazprom“ vor, zusätzliche Lieferungen zu verweigern, „obwohl Gazprom nach den vorliegenden Informationen über ausreichende Produktionskapazitäten verfügt“. Die Petenten hegen den Verdacht, dass „Gazprom“ Europa zu einem sofortigen Start von Nord Stream 2 drängen will, obwohl die EU-Energiemarktregeln nicht eingehalten werden.

Die andere Erklärung, die die EU spaltet, betrifft den Green Deal. Viele geben dem „grünen“ Geschäft die Schuld, während andere glauben, dass es zu spät begonnen hat. Frans Timmermans, der für den europäischen Green Deal zuständige Vizepräsident der Kommission, ist dieser Meinung: „Die Ironie ist, dass wir heute nicht in dieser Situation wären, wenn wir den Green Deal fünf Jahre früher gehabt hätten, weil wir dann weniger abhängig von fossilen Brennstoffen wären. Im Gegensatz dazu hatte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zuvor erklärt, dass „das polnische Energiegesetz mit der EU-Klimapolitik verknüpft ist“.

Eines ist sicher: Es handelt sich um eine komplexe Situation, die viele Faktoren umfasst. Die steigende Nachfrage in Asien hat auch zu höheren Preisen in der EU beigetragen.

Wie reagieren die Regierungen darauf?

Schauen wir uns einige Beispiele aus Europa an, in denen die Länder nach der Pandemie ihr Konzept für staatliche Beihilfen geändert haben. In Frankreich wird der chèque énergie genutzt, um Menschen, die mit der Bezahlung ihrer Rechnungen zu kämpfen haben, eine Soforthilfe von 100 € zu gewähren. Der italienische Ministerpräsident kündigte einen 3-Milliarden-Euro-Hilfsplan an, der Subventionen für Versorgungsunternehmen und keine Steuererhöhungen vorsieht. In Spanien versprach die Regierung eine Steuersenkung und die Anhebung der Preise auf das Niveau von 2018. Es geht um staatliche Eingriffe zur Entlastung der Bevölkerung. Die Regierungen haben verstanden, dass dieser Preisboom nicht den Bürgern aufgebürdet werden kann.

Wir können schockierende Geschichten lesen, wie die von Nieves Leal, die in einem Arbeiterviertel in Madrid lebt und bereits eine Erhöhung ihrer Stromrechnung erlebt hat. Leal ist 63 Jahre alt und verdient 500 Euro mit einem Teilzeitjob als Reinigungskraft. Sie und ihre Tochter kaufen keine Kleidung mehr und haben ihren Stromvertrag für Haushaltsgeräte auf das Nötigste reduziert; sie kochen, waschen und bügeln nur noch am Wochenende oder spät nachts, wenn es billiger ist. „Es ist beschämend, aber ich habe keine andere Wahl“, erklärte sie vor Journalisten, „selbst wenn ich doppelt so viel verdiene, glaube ich nicht, dass eine Familie diese unfairen Preise tragen kann.“

Die ungarische Energiepolitik wurde oft angegriffen, kann aber heute aufgrund des Verhältnisses von Kernkraft und erneuerbaren Energien und der seit 2013 staatlich kontrollierten Strompreise als Vorbild dienen. Wie in der nationalen Energiestrategie dargelegt, wird die maximale Entwicklung erneuerbarer Energiequellen als eines der wichtigsten Mittel zur Unabhängigkeit angesehen. Ein weiteres Ziel ist die Sicherung und

Entwicklung der Kernenergie. Es sollte auch bedacht werden, dass anstelle einer dezentralisierten Energieerzeugung (auf der Grundlage der Nutzung der eigenen Energiequelle) eine zentralisierte Erzeugung zu einem marginalen Rückgang und einer neuen Art von Abhängigkeit führen könnte. Ungarn verfolgt eine defensive Energiestrategie, die sich in erster Linie auf die Sicherung der Versorgung und die Reduzierung der Importe konzentriert.

Handlungsschwerpunkte

Da die Stabilität der Energieimporte vieler EU-Staaten bedroht ist, sollten bestimmte Maßnahmen in Betracht gezogen werden. Durch den Ausbau nationaler Speicher und die Erhöhung ihrer Kapazität, nicht zuletzt durch den Anschluss an neue transkontinentale Pipelines und Stromnetze, kann eine größere Unabhängigkeit erreicht werden.

Das Erreichen von Nullemissionen im Jahr 2050 erfordert eine außerordentliche Anstrengung, zu der alle Regierungen und Bürger ernsthaft beitragen sollten. Die langfristige Strategie der EU sollte jedoch bestimmte Bremsen für die Fälle vorsehen, in denen die Länder die Nachfrage nicht decken können und die Einfuhr als vernünftige Lösung in Betracht ziehen, während sie auf die Vollendung des grünen Übergangs warten. Dieser Prozess würde es den Ländern ermöglichen, ihren Rückstand aufzuholen, während sie gleichzeitig nicht erneuerbare Ressourcen importieren. Während des Übergangs sollten die Länder auch darauf achten, dass sie die bestehende Abhängigkeit nicht durch eine andere ersetzen.

Der Übergang sollte daher nicht unterbrochen werden, sondern besser organisiert und durchgeführt werden. Mehr grenzüberschreitende Leitungen und mehr Kernkraftwerke bedeuten letztlich weniger Abhängigkeit. Außerdem können die Verbraucher bei hohen Preisen nur dann ihre wesentlichen Gewohnheiten beibehalten, wenn der Staat eingreift. In der aktuellen Energiekrise können diese Schritte eine stabile Versorgung sicherstellen, wie wir im Fall Ungarns gesehen haben. Die drei Ziele einer jeden Energiestrategie sind: Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit.

Solche komplexen Probleme werfen Fragen auf, die nicht ausschließlich auf politischer Ebene entschieden werden können. Statt Entscheidungen auf der Grundlage politischer Slogans zu treffen, brauchen wir bei der Gestaltung einer Energiepolitik professionelle Experten und sorgfältige Bewertungen.



Marton Aron Kovacs

MCC-Stipendiat am Centro Studi Machiavelli. Er studiert Jura an der Katholischen Péter-Pázmány-Universität und ist Projektleiter von „RoLink Biotechnology“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Susanna Ceccardi (Lega Salvini): “Die EU sollte die Europäer an die erste Stelle setzen!”

30. 09. 2021



Susanna Ceccardi & Matteo Salvini

Susanna Ceccardi, EU-Abgeordnete der Lega, über den Kampf gegen die illegale Einwanderung, die Lehren aus Afghanistan und die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Außenpolitik.

Die illegale Migration über das Mittelmeer nach Italien hat in diesem Jahr stark zugenommen. Was sind die Ursachen?

Susanna Ceccardi: Illegale Migration entsteht, wenn Länder nicht entschieden gegen Menschenhandel vorgehen. Und sie helfen den NGOs wie Carola Rackete, die diesen illegalen Strom oft noch verstärken. Die Küsten müssen patrouilliert und kontrolliert werden, die Häfen müssen geschlossen werden, und vorher müssen die Abfahrten von den afrikanischen Küsten gestoppt werden. Als Matteo Salvini Innenminister war, ist die Zahl der Anlandungen in Italien drastisch gesunken: ein klares Zeichen dafür, dass wir, wenn wir wollen, mehr und es besser machen können.

Betrachtet man die Debatte in der EU, so hat man den Eindruck, dass der Schwerpunkt auf der Verteilung der Migranten und weniger auf dem Schutz der Außengrenzen liegt. Wie sehen Sie das?

Ceccardi: Leider ist genau das der Fall. Europa konzentriert sich auf die Folgen, ohne sich mit den Ursachen des Problems zu befassen. Und tatsächlich erwiesen sich die Abkommen von Malta und jeder Versuch, die Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten umzuverteilen, als Fehlschlag. Wenn sich der Ansatz nicht ändert und nicht verstanden wird, dass die einzige Lösung darin besteht, die Abwanderung zu stoppen, werden wir in einigen Jahren immer noch über Migration diskutieren, ohne ein konkretes Ergebnis erzielt zu haben.

Man kann gute Beziehungen zu allen haben, ohne seine Identität zu verleugnen und sein Erbe zu verkaufen.

Erwarten Sie eine Zunahme der illegalen Einwanderung nach Europa angesichts von Krisenstaaten wie Libyen, Syrien und Irak in unserer Nachbarschaft und der jüngsten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan?

Ceccardi: Es kann leider nicht anders sein. Die Handhabung des Abzugs aus Afghanistan war ein außenpolitisches Versagen des Demokraten Biden, für das wir nun alle die Konsequenzen tragen werden. Tausende von Zivilisten sind aus Kabul geflohen, weitere werden in den kommenden Monaten folgen. Und es besteht die Gefahr, dass sich ausländische Kämpfer einschleichen könnten, ein Risiko, das Europa nicht eingehen kann. Die blutigen Anschläge in unseren Städten in den letzten Jahren erinnern uns daran.

Wie sollte die EU mit den Taliban umgehen? Ist es möglich, mit ihnen zusammenzuarbeiten?

Ceccardi: Dass die Taliban in Afghanistan die Macht übernommen haben, ist leider eine Tatsache. Ich halte es für eine inakzeptable politische Entscheidung, dass wir unbedingt mit ihnen zusammenarbeiten sollten. Ich habe die Videos derjenigen nicht vergessen, die unschuldigen Menschen den Kopf abschlagen oder von Frauen, die ihre Gesichter verhüllen, weil sie fürchten, ihre Religion zu verletzen. Es gibt keinen Dialog mit den Taliban, stattdessen arbeiten wir mit der pakistanischen Diplomatie zusammen, um dieses Problem zu lösen, das uns alle angeht.

Der EU-Außenbeauftragte Borrell sagte, dass die EU wegen der chaotischen Evakuierungen aus Afghanistan eine schnelle Eingreiftruppe brauche. Wie sehen Sie das?

Ceccardi: Das Problem ist meiner Meinung nach nicht die europäische Armee, sondern vielmehr das Fehlen einer minimalen außen- und verteidigungspolitischen Strategie. Einmal mehr begeht Europa den Fehler, ein Instrument in dem Irrglauben einzusetzen, dass damit ein strategisches Ergebnis erreicht werden kann.

Es ist die gleiche Geschichte wie beim Euro, der mit dem Ziel eingeführt wurde, die verschiedenen Wirtschaftssysteme Europas zu homogenisieren: Er begann mit dem Ziel und nicht mit dem Ausgangspunkt, d. h. einer Steuer- und Währungspolitik. Das führte dazu, dass der Euro vor allem in den ersten Jahren seiner Einführung die unterschiedlichen nationalen Wirtschaftssysteme nicht aneinander angenähert, sondern eher voneinander entfernt hat. Das Modell ist immer noch das eines konföderalen Europas, eines föderalistischen Europas, das die einzelnen nationalen Realitäten respektiert. Das gilt auch für die Verteidigung unseres Kontinents.

Die Vereinigten Staaten sind an Krisen in der europäischen Nachbarschaft nicht ganz unbeteiligt. Sollte sich die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik von den USA emanzipieren?

Ceccardi: Unsere historische Nähe zu den USA sollte uns nicht daran hindern, ein wenig stolzer auf das zu sein, was wir sind, und vor allem auf das, was wir in Bezug auf Geschichte, Handel und Wirtschaft darstellen. Man kann gute Beziehungen zu allen haben, ohne seine Identität zu verleugnen und sein Erbe zu verkaufen.

Hat die EU das Potenzial, eine den USA und China ebenbürtige Macht zu werden, auch in politischer Hinsicht?

Ceccardi: Das Potenzial ist da, und wie! Aber der Ansatz in Brüssel muss geändert werden. China und die USA kommen, wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln, zu demselben Schluss: Ihre Länder stehen an erster Stelle.

Bidens eigene Politik zum Beispiel hat sich gegenüber dem viel gescholtenen Trump nicht geändert, ganz im Gegenteil. Das zeigt, dass sich das Verhalten der USA nicht je nach Präsident ändert. Hier sollte Europa umkehren und Europa und die Europäer an die erste Stelle setzen.

Das Gespräch führte **Bernhard Tomaschitz**.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER